Erhebungsbogen zum P-Konto

Mit Informationen für Ratsuchende und zur Verfahrensdokumentation

Für mein als Pfändungsschutzkonto geführtes oder zu führendes Konto benötige ich eine Erhöhung des Grundfreibetrages. Ich bitte Sie, mir anhand nachfolgender Angaben und Belege eine entsprechende Bescheinigung zur Erhöhung des Freibetrages auszustellen.

Name	Vorname	Geburtsdatum

Anschrift	Telefon (freiwillig)
	E-Mail (freiwillig)
Kontoführende Bank	IBAN

Zum jetzigen Zeitpunkt gewähre ich folgenden Personen Unterhalt oder nehme Leistungen entgegen:

Name (falls abweichend), Vorname	Geburtsdatum	Verwandschafts-verhältnis	Art des geleisteten Unterhalts bzw. der entgegengenommenen Leistungen	Für diese Person erhalte ich kindbezogene Leistungen (z.B. Kindergeld)
1.			O Naturalunterhalt O SGB II, XII/ AsylbLG O Barunterhalt _____€/Monat	O Nein O Ja und zwar _____€/Monat
2.			O Naturalunterhalt O SGB II, XII/ AsylbLG O Barunterhalt _____€/Monat	O Nein O Ja und zwar _____€/Monat
3.			O Naturalunterhalt O SGB II, XII/ AsylbLG O Barunterhalt _____€/Monat	O Nein O Ja und zwar _____€/Monat
4.			O Naturalunterhalt O SGB II, XII/ AsylbLG O Barunterhalt _____€/Monat	O Nein O Ja und zwar _____€/Monat

☐ Ich erwarte die Zahlung einer einmaligen Sozialleistung (z. B. Kosten von Klassenfahrten, Erstausstattung bei Haftentlassung, Darlehen/Beihilfen nach SGB II oder SGB XII) oder eine Zahlung der Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. _____,__ Euro

☐ Ich erwarte eine Nachzahlung laufender Geldleistungen nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG, Kindergeld. _____,__ Euro

☐ Ich erwarte eine Nachzahlung sonstiger laufender Geldleistungen nach dem SGB (z. B. Arbeitslosengeld, Krankengeld) oder Arbeitseinkommen bis 500 Euro. _____,__ Euro

☐ Ich selbst erhalte andere, unpfändbare Geldleistungen nach landes- oder bundesrechtlichen Bestimmungen (z. B. Bayrisches Blindengeld, Thüringer Sinnesbehindertengeld). _____,__ Euro

☐ Ich selbst erhalte Leistungen, die einen durch Körper- oder Gesundheitsschaden bedingten Mehraufwand ausgleichen (z.B. Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen). _____,__ Euro

Stand: 6. Januar 2022

Nachweis für Unterhaltspflicht gegenüber:	**Nachweis durch folgende Unterlagen** (Sofern 2 Nachweise angegeben sind, bitte beide beilegen)
zusammenlebende Ehepartner/in Eingetragene/r Lebenspartner/in	O Heiratsurkunde O Nachweis des gemeinsamen Wohnsitzes, z.B. Ausweise
getrennt lebende Ehepartner/in Eingetragene/r Lebenspartner/in	O Heiratsurkunde O Nachweis der Zahlung aus den letzten 6 Monaten, z.B. • Überweisungsbelege • Quittungen • Kontoauszüge
geschiedene/r Partner/in	O Scheidungsurteil oder sonstiger Unterhaltstitel O Nachweis der Zahlung aus den letzten 6 Monaten, z.B. • Überweisungsbelege • Quittungen • Kontoauszüge
leibliche Kinder **im** eigenen Haushalt	O Geburtsurkunde / Vaterschaftsanerkennung O Nachweis des gemeinsamen Wohnsitzes, z.B. • (erweiterte) Meldebescheinigung • Personalausweis • Schulunterlagen • Immatrikulationsbescheinigung
leibliche **minderjährige** Kinder **außerhalb** des eigenen Haushalts	O Geburtsurkunde / Vaterschaftsanerkennung O Nachweis der Zahlung aus den letzten 6 Monaten, z.B. • Überweisungsbelege • Quittungen • Kontoauszüge
leibliche **volljährige** Kinder **außerhalb** des eigenen Haushalts	O Geburtsurkunde / Vaterschaftsanerkennung O Nachweis, dass sich das Kind noch in der Ausbildung befindet, z.B. BAFöG-Bescheid O Nachweis der Zahlung aus den letzten 6 Monaten, z.B. • Überweisungsbelege • Quittungen • Kontoauszüge
Bewilligungsbescheide oder **Kontoauszüge** als Nachweise für:	
O Kindergeld O Sonstige Leistungen für Kinder (Kinderzuschlag) O Mehraufwand für Ausgleich von Körper- oder Gesundheitsschaden O SGB II oder XII-Leistungen (O für Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft) O Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz O Eingang einmaliger Sozialleistungen (sofern noch nicht bewilligt: Antrag) O Nachzahlungen (SGB oder Arbeitgeber) O unpfändbare Leistungen nach landes- oder bundesrechtlichen Bestimmungen	

Ich bin darüber aufgeklärt worden, dass aufgrund gesetzlicher Vorgaben

· pro Person nur ein Pfändungsschutzkonto geführt werden darf.
· kein Rechtsanspruch auf Ausstellung einer Bescheinigung besteht.
· von der Beratungsstelle nur zweifelsfrei nachgewiesene Sachverhalte bescheinigt werden können. Die Haftung der Beratungsstelle beschränkt sich daher bei Unrichtigkeit auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.
· in Einzelfällen nicht der volle Aufstockungsbeitrag bescheinigt werden kann. In diesen Fällen kann die Freigabe nur durch das Vollstreckungsgericht – oder bei öffentlichen Gläubigern durch die Stelle, die die Pfändungsverfügung erlassen hat – erfolgen.
· die bewusste Vorlage einer falschen Bescheinigung bei der Bank strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann.
Ich willige ein, in die Erhebung, Verarbeitung und Speicherung meiner Daten. Mit der Weitergabe der Daten, die zur Freigabe von erhöhten Beträgen erforderliche sind, erkläre ich mich einverstanden.

Ich versichere, alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Stand: 6. Januar 2022